Gesellschaftsvertrag der Verkehrsbetrieb Hagmann GmbH & Co.KG

§ 1 Firma und Sitz

(1) Die Gesellschaft führt die Firma

„Verkehrsbetrieb Hagmann GmbH & Co.KG“.

(2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Ravensburg.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung ist der Betrieb eines Verkehrsbetriebes mit Kraftfahrzeugen im öffentlichen Personennahverkehr sowie dem Verkehr mit Mietomnibussen.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Geht die Gesellschaft Beteiligungen an Unternehmen ein, so darf es sich bei diesen Beteiligungen ausschließlich um untergeordnete Hilfs- und Nebentätigkeiten handeln. Tätigkeiten der Gesellschaft können nur ausgelagert werden, wenn die Gestaltungs-, Lenkungs- und Weisungsrechte vollständig bei der Gesellschaft verbleiben.

§ 3 Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

(1) Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

(2) Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.

§ 4

Gesellschafter, Kapitalanteile, Einlagen, Haftsummen

- (1) Komplementärin und damit persönlich haftende Gesellschafterin ist die Verkehrsbetrieb Hagmann Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Ravensburg. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.
- (2) Kommanditistinnen sind:
- a) Die Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe mit einem Kapitalanteil von 125.000 Euro (= 50 %).
 - b) Die Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe mit einem Kapitalanteil von 125.000 Euro (= 50 %).
- (3) Die Kapitalanteile der Kommanditistinnen sind fest; diese können nur durch Änderung des Gesellschaftsvertrages geändert werden.
- (4) Die Kapitalanteile der Kommanditistinnen sind als ihre Haftsumme in das Handelsregister einzutragen.
- (5) Nach den in Abs. 2 festgelegten Kapitalanteilen der Kommanditistinnen richten sich, sofern in diesem Vertrag nichts Abweichendes bestimmt ist, die Rechte der Kommanditistinnen, so vor allem die Beteiligung am Unternehmen, die Gewinn- und Verlustbeteiligung sowie das Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung.

§ 5

Gesellschafterkonten

- (1) Für die persönlich haftende Gesellschafterin wird ein bewegliches Konto geführt, auf dem alle Geschäftsvorfälle und der sonstige Zahlungsverkehr nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrages für sie gebucht werden.
- (2) Für die Kommanditistinnen werden folgende Konten geführt:
- Festes Kapitalkonto I,
 - Kapitalkonto II,
 - Rücklagenkonto,
 - Verlustvortragskonto.
- (3) Auf dem Kapitalkonto I der Kommanditistinnen wird ihr Kapitalanteil gebucht; er ist unverzinslich. Auf dem Kapitalkonto II werden die entnahmefähigen Gewinnanteile, Entnahmen, Zinsen sowie der sonstige Zahlungsverkehr zwischen der Gesellschaft und den Kommanditistinnen gebucht. Das Kapitalkonto II ist im Soll und Haben nach der Staffelmethode per anno mit 1 Prozentpunkt über dem jeweiligen Basiszinssatz gem. § 247 BGB zu verzinsen. Gleiches gilt für das Konto der Komplementärin.
- (4) Auf dem Rücklagenkonto werden die nach Beschluss der Gesellschafterversammlung nicht entnahmefähigen Teile des Gewinns gutgeschrieben und Verluste bis zur Höhe eines Guthabens belastet; es ist unverzinslich.
- (5) Auf dem Verlustvortragskonto werden die die Kommanditistinnen betreffenden Verlustanteile gebucht, die nicht durch ein Guthaben auf dem Rücklagenkonto gedeckt sind; es ist unverzinslich.

§ 6 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit zwingend vorgeschrieben, im Bundesanzeiger, ansonsten in der Schwäbischen Zeitung, Ausgabe Ravensburg.

§ 7 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung und
2. die Gesellschafterversammlung.

§ 8 Geschäftsführung, Vertretung

(1) Zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ist die Komplementärin, durch ihre Geschäftsführung handelnd, berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin und ihre Geschäftsführer (hier Geschäftsführung genannt) sind für Geschäfte mit der Gesellschaft und mit den Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetrieben von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

(2) Die Komplementärin leitet die Gesellschaft unter Beachtung der Gesetze, dieses Gesellschaftsvertrages und der Beschlüsse der Kommanditistinnen unter eigener Verantwortung.

(3) Die Geschäftsführung ist bei ihrem Handeln an die Wertgrenzen der jeweils gültigen Zuständigkeitstabelle der Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (Anlage) gebunden. Werden diese überschritten, sind Beschlüsse der Gesellschafterversammlung einzuholen.

§ 9 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz

(1) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen (ohne Tag der Sitzung und Tag der Absendung) einberufen. Sie ist auf Verlangen eines Gesellschafters jederzeit einzuberufen. In dringenden Fällen kann eine andere Art der Einberufung oder eine kürzere Einberufungsfrist gewählt werden, wenn kein Gesellschafter widerspricht.

(2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet innerhalb von acht Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

(3) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der für die Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe zuständige Dezernent. Im Verhinderungsfall wird der Vorsitzende durch seinen jeweiligen allgemeinen Vertreter vertreten.

Unabhängig von den vorstehenden Regelungen können Entscheidungen der Gesellschafterinnen auch im schriftlichen Verfahren in entsprechender Anwendung gem. § 48 Abs. 2 GmbHG oder gem. § 48 Abs. 3 GmbHG gefasst werden.

(4) Wenn die Lage der Gesellschaft es erfordert, ist unverzüglich eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen.

(5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung alle stimmberechtigten Gesellschafter vertreten sind. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist unverzüglich mit einer Frist von einer Woche (ohne Tag der Sitzung und Tag der Absendung der Einberufung) eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Hinsichtlich der übrigen Formalitäten gilt Abs. 1 entsprechend. Die Gesellschafterversammlung ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Gesellschafter beschlussfähig. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.

(6) Über die Sitzungen der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind mindestens der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung und die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung anzugeben. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen. Die Gesellschafterinnen erhalten eine Ausfertigung der Niederschrift. Im Übrigen gilt § 48 Abs. 3 GmbHG entsprechend; für eine Protokollierung nach dieser Norm gelten die vorstehenden Sätze entsprechend.

§ 10

Zuständigkeit und Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafterversammlung ist insbesondere zuständig für:

- a) Änderung des Gesellschaftsvertrages und Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstands,
- b) Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft,
- c) Errichtung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern diese im Verhältnis zum Geschäftsumfang wesentlich sind sowie Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen,
- d) Feststellung des Jahresabschlusses, Ergebnisverwendung bzw. Behandlung eines Jahresverlustes,
- e) Wahl und Beauftragung des Abschlussprüfers
- f) Entlastung der Geschäftsführung
- g) Beschluss über den von der Geschäftsführung gem. § 15 aufgestellten Wirtschaftsplan
- h) Bestellung und Abberufung von Prokuristen
- i) alle Rechtsgeschäfte, deren Wert die Grenzen nach der jeweils gültigen Zuständigkeitstabelle der Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe übersteigt,
- j) Verfügungen über den Kommanditanteil gem. § 12 dieses Vertrages.

Sonstige gesetzliche und gesellschaftsvertragliche Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung bleiben unberührt.

(2) Gesellschafterbeschlüsse erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht dieser Vertrag oder das Gesetz eine andere Mehrheit vorschreibt. Gesellschafterbeschlüsse nach Abs. 1 Buchst. a), b), c), und j) bedürfen der Einstimmigkeit.

(3) Jede 100 Euro eines Kapitalanteils gewähren eine Stimme. Die Komplementärin hat keine Stimmberechtigung.

(4) Die Beschlüsse der Gesellschafterinnen werden in Versammlungen gefasst, falls sich nicht die Gesellschafterinnen mit einem anderen Verfahren zur Abgabe der Stimmen einverstanden erklären.

§ 11

Vergütung der Komplementärin

(1) Der Komplementärin werden sämtliche Ausgaben und Aufwendungen für die Geschäftsführung und Vertretung erstattet, sobald diese entstehen.

(2) Die Komplementärin erhält ferner eine jährliche, jeweils zum Ende eines jeden Geschäftsjahres zu bezahlende Haftungsvergütung in Höhe von 10 v.H. ihres eingezahlten Stammkapitals, das zu Beginn des Geschäftsjahres in der Bilanz ausgewiesen ist.

(3) Der Ausgaben- und Aufwendungsersatz nach Abs. 1 und die Haftungsvergütung nach Abs. 2 sind auch in Verlustjahren zu zahlen. Sie sind im Verhältnis der Gesellschafter untereinander als Aufwand zu behandeln.

§ 12

Verfügungen über den Kommanditanteil

Verfügungen jeder Art über Kommanditanteile oder von Teilen eines Kommanditanteils bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines vorherigen zustimmenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung. Im Rahmen von Satz 1 hat der veräußerungswillige Gesellschafter seinen Anteil den Mitgesellschaftern im Verhältnis ihrer Anteile anzubieten.

§ 13

Ergebnisverwendung

(1) An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkungen der Kommanditistinnen bleiben unberührt.

(2) Die Gewinnanteile sind dem Kapitalkonto II der Kommanditistinnen zuzuschreiben, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

(3) Solange ein Verlustvortrag besteht, ist er durch spätere Gewinne auszugleichen. Erst nach seinem Ausgleich können Gewinnanteile den Rücklagenkonten oder den Kapitalkonten II zugeschrieben werden.

(4) Ein Verlust ist bis zur Höhe eines Guthabens den Rücklagenkonten zu belasten, im Übrigen auf die Verlustvortragskonten zu buchen.

§ 14 Entnahmen

Entnahmen der Gesellschafter, die nicht die Ergebnisverwendung betreffen, sind nur aufgrund eines einstimmigen Gesellschafterbeschlusses zulässig.

§ 15 Wirtschaftsplan

(1) Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Investitionsplan sowie Stellenübersicht) auf, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des neuen Geschäftsjahres hierüber beschließen kann. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen.

(2) Unabhängig von der Aufstellung des Wirtschaftsplanes unterrichtet die Geschäftsführung die Gesellschafterversammlung zweimal jährlich im Rahmen von Hochrechnungen über die Entwicklung des Geschäftsjahres, erforderlichenfalls auch in kürzeren Abständen.

§ 16 Buchführung, Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung

(1) Die Rechnungslegungs- und Buchführungspflichten richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften. Für die einzelnen Betriebszweige der Gesellschaft ist eine spartenbezogene Ergebnisermittlung vorzunehmen.

(2) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen.

(3) Jahresabschluss und Lagebericht sind entsprechend den in Abs. 2 genannten Vorschriften prüfen zu lassen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen ist insbesondere in Anwendung des §53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu berichten.

(4) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht und seiner etwaigen Stellungnahme zu dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers spätestens unverzüglich nach der erwähnten Stellungnahme der Gesellschafterversammlung zur Feststellung und zur Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung vorzulegen.

(5) Die Offenlegung oder die Einsichtnahme des Jahresabschlusses richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(6) Der Stadt Ravensburg sowie den für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorganen werden die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

Der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg wird das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung eingeräumt.

§ 17 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 18 Gültigkeitsklausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung treten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Gesellschafterinnen gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, wenn sie den Punkt bedacht hätten.